

Die Weltzeitung

Morgen-Ausgabe für Anhalt und Thüringen

Halle-Scala: 1000 Stühle. — Anzeigenpreis: 30 Pfennig. — Halle-Scala: 1000 Stühle. — Anzeigenpreis: 30 Pfennig. — Halle-Scala: 1000 Stühle. — Anzeigenpreis: 30 Pfennig.

Ein deutsches Memorandum in der Völkerbundsfrage

Die Kabinettsbeschlüsse

Das amtliche Communiqué

Berlin, 23. September.

Unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten wurde heute ein Ministerial-Komitee abgehalten. Nach eingehender Erörterung der Frage des Eintritts Deutschlands zum Völkerbunde ergab sich im Hinblick auf die Beschlüsse der Reichsregierung die folgende Meinung: Deutschland ist in den Völkerbund eintrittsbereit.

Sie geht dabei von der Erwägung aus, daß die vom Völkerbunde beabsichtigten Fragen, insbesondere des Schutzes der Minderheiten, der Regelung der Verhältnisse des Saargebietes, die Frage der allgemeinen Erklärung in Verbindung mit der Durchführung der Militärkonvention, sowie die ihrer Lösung harrenden großen Fragen der Sicherung friedlicher Zusammenarbeit seitens der Völker, nur unter Mitwirkung Deutschlands in befriedigender Weise geregelt werden können. Selbstverständlich kann Deutschlands Beitritt nur bei einer gleichberechtigten Hauptmacht sein.

Nachdem die auf der Londoner Konferenz erzielte Lösung der Reparationsfrage nach Auffassung der hauptsächlich beteiligten Mächte den Weg zu einer aktiven Behandlung des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund für die Reichsregierung eröffnet hatte, sind im Anschluß an die Konferenzen Verhandlungen besprochen in diesem Sinne aufgenommen worden. Das Ergebnis dieser Verhandlungen bildet eine wesentliche Grundlage für die heutige Entscheidung der Reichsregierung.

Die Ausführung dieser Entscheidung wird die Reichsregierung durch das Auswärtige Amt bei den im Völkerbunde vertretenen Mächten abklären lassen, so daß die Stellung des deutschen Vorkommens erforderlichem Garantien, die sich sowohl auf den rechtlichen Stellung im Völkerbunde, wie auf formale andere hiermit unterbreitete zusammenhängende Fragen beziehen, gewährleistet sind.

schritt von Seiten der zehn Mächte, an die sie gerichtet worden ist, eine befriedigende Antwort gefunden hat, wird die Frage eines offiziellen Eintrittsdeutschens für Deutschland einst. Man kann auch damit rechnen, daß innerhalb noch einige Zeit darüber verhandelt wird, und, wie es scheint, nimmt man in Regierungs-Kreisen der Dezember als den frühesten Termin an, an dem Deutschland Mitglied des Völkerbundes sein könnte. Sollte sich diese Ansicht verwirklichen, so räumt man in Regierungs-Kreisen mit einer günstigen Rückmeldung auf die Frage der Räumung der Rhöner Zone und des Ausbaus der übrigen Wehrungsstellen am Rhein.

Es scheint, daß unter dem Druck der außenpolitischen Lage das Problem einer Regierungsunionbildung in der Kabinettsregierung offiziell wenigstens nicht zur Sprache gekommen ist. Man ist offenbar in Regierungs-Kreisen bei der Auffassung, daß erst das Ergebnis der diplomatischen Verhandlungen abgewartet werden soll, die entscheidende Beschlüsse in Gang kommen können. Andererseits ist festzustellen, daß auf diplomatischer Seite der Wunsch besteht, das Kabinettsbeschlüsse eine gewisse Befriedigung ausgedrückt hat, die noch dadurch verneinbar werden dürfte, wenn erst der Inhalt des neuen deutschen Schrittes bei den Völkerbunds-Mächten zur Kenntnis einer weiteren Öffentlichkeit gelangt ist und in der Frage der Militärkonvention des Kriegsschuldvertrages eine endgültige Klärung erfolgt ist. Die Aussichten auf ein Zustandekommen eines internationalen Vertrages sehen sich also verengt, wenn auch noch nicht übersehen werden kann, welche Schwierigkeiten sich in den Verhandlungen ergeben und wieviel sich die hemmungslose Agitation des Weltöffentlichs auf die Hälfte des Zentrum auswirkt.

Die Militärkontrolle des Völkerbundes

Berlin, 23. September.

In einem Artikel der „Weltzeitung“ am 20. u. 21. September, „Unter verschlossenen Türen hat man für Deutschland und auch andere besetzte Staaten in der Militärkommission des Völkerbundes, durch die militärischen Sachverständigen der 10 Mächte ein fein ausgearbeitetes Programm für die Militärkontrolle ausgearbeitet. Man hat sich die größte Mühe gegeben, dieses Programm geheim zu halten, um die Reichsbeschlüsse hierüber erst nach dem Eintreffen eines deutschen Aufnahmefeldes im Völkerbunde bekannt zu machen, und doch einzelne Zustände in die Öffentlichkeit gelangen. Man weiß jetzt, daß die Kontrolle des Völkerbundes nach diesem Plan im Grunde wieder nichts weiter als eine Kontrolle der Verbandsmächte ist. Man hätte erwarten können, daß der Rat selbst die Kontrolle ausüben sollte, was immerhin gegenüber der reinen militärischen Kontrolle ein Fortschritt gewesen wäre. Man hatte andererseits angenommen, daß der Völkerbund sich dabei entweder eines neutralen Organs oder einer Institution in der Art der sogenannten gemischten temporären Untersuchungskommission des Völkerbundes bedienen würde, in der auch Nichtverlierer sitzen. Die Militärkontrolle des Völkerbundes wird, wenn man heute über die Befürchtungen der anderen noch weit hinausgehen kann. Es werden Untersuchungskommissionen geschaffen, in denen alle Kriegsgeneräle Deutschlands die Oberhand und Führung erhalten wird. Nachdem man in Genf allen militärischen und unpolitischen Spezialisten erklärt hatte, Deutschland müsse nun schnell in den Völkerbund hinein, weil es dann in der Militärkontrolle mitarbeiten müsse, erfährt man, daß dafür Sorge getragen worden ist, Deutschland, auch wenn es einmal im Völkerbund einen ständigen Sitz hat, von den für uns wichtigsten Maßnahmen bauernd auszuschließen. Die Befürchtungen eines Staatsvertrages für die Kontrollmaßnahmen nach dem heutigen Stande sind, daß der in erster Linie entscheidenden Dreier-Kommission, der die besonderen Einzeluntersuchungen obliegen, mindestens einer der Führer aus Kriegsgenerälen Deutschland angehören soll. Nichts ist natürlich den Arbeitern dieses Landes ärgerlich, als eine vorgezogene Erklärung dieser Frage. Aber dieser Vorentscheid wird an der Überlegenheit der Mitteilungen über die Kontrollvorrichtung nicht ändern können. Der Herrschaft ist die Kommission, die dem Völkerbund in der Militärkontrolle zugeordnet werden, sich auf jeden Fall nicht geeignet, die Beitrittsbereitschaft zu erhöhen.“

Der Sinn des Genfer Garantiepaktes

Genf, 23. September.

Man sieht, daß die Auffassung verbreitet ist, daß man sich um die Vorzüge im Völkerbund nicht zu kümmern braucht, da sie Deutschland doch nichts angingen. Nichts aber ist falscher als die Annahme, daß man in Genf sich um inhaltliche Fragen berufen. Die Vorzüge der letzten Tage beruhen auf dem Umstande, daß die Verhandlungen in Genf sich nicht gerinnen, als daß sich die vier vermittelnden Staaten für unabhingbar zum Vorkommen durch ein fein ausgeklügeltes System zu garantieren können. Das ist der tiefere Sinn des Sicherheits- und Vertragspaktes, den man in der Genfer Konferenz in Betracht ziehen möchte. Ein Zustand ist berechtigt, wenn, in dem Verfallener Vertrag seinen ersten Ausdruck hat. Im Genf wird deshalb ein Vertrag

geschlossen, der mit allen Mitteln wirtschaftlicher und militärischer Natur die gegenseitige Verpflichtung zum gegenseitigen Schutze übernimmt. Wohl gibt es im Völkerbundsvertrag eine Bestimmung, die eine von Fall zu Fall vorzunehmende Revision der bestehenden Verträge vorsieht. Doch die Aussichten, auf diese Weise berechnete Ansprüche geltend zu machen, sind außerordentlich gering. In den Entente-Staaten ist man sich der Bedeutung des Genfer Protokolls sehr wohl bewußt. Die Vertreter Englands und die Vertreter der kleinen Entente sind jedoch mit Ausnahme der Schweiz beiderseits, das heute keinen territorialen Anspruch geltend macht, das seinen Nachbarn gefällig ist, und die kleinen Entente-Staaten sind getrieben, die Interessen, Polen und Gebiete schon in dem Protokoll das eingipfelte und letzte Mittel, die Gebiet und ihre Souveränität vor feindlichen Angriffen zu sichern.

In England ist die Stimmung höher und heftiger und in seiner hochentwickelten Rede bereits die Vorbehalte Genfer-Entente-Entscheidungen, aus denen hervorgeht, daß es sich nur in dem Umfange an die Bestimmungen halten will, der in seinem Interesse zu liegen scheint. Jedemfalls ist die Beweglichkeit der englischen Mächte gestiegen. Es ist deshalb in der Tat notwendig, daß man auch in Deutschland erkennt, daß das Genfer Protokoll für einzig und allein gegen die bestellten Staaten richtet und den durch das Verfallener Diktat geschaffenen Zustand beenden will.

Frankreich und Deutschlands Eintritt in den Völkerbund

Paris, 23. September.

Die Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund steht nach wie vor im Vordergrund des Interesses. Alle diplomatischen Kreise innerhalb der letzten 24 Stunden verdedigten sich auf der Feststellung, daß der Eintritt Deutschlands letzten Endes von der Haltung der französischen Regierung abhängt. In einer Genfer Mitteilung des „Figaro“ wird darauf hingewiesen, daß die französische Regierung sich eine Antwort der französischen Regierung werde bis spätestens heute oder morgen erwarten. Es nach ihrem Ausfall werde die deutsche Regierung entsprechende Beschlüsse fassen. Die Nachricht wird in dieser Form von maßgebender französischer Seite verbreitet, umgeben guttoren, daß die französische Regierung sich eine Antwort der französischen Regierung werde bis spätestens heute oder morgen erwarten. Es nach ihrem Ausfall werde die deutsche Regierung entsprechende Beschlüsse fassen. Die Nachricht wird in dieser Form von maßgebender französischer Seite verbreitet, umgeben guttoren, daß die französische Regierung sich eine Antwort der französischen Regierung werde bis spätestens heute oder morgen erwarten.

1. Deutschland erhält einen ständigen Sitz im Rat.
2. Die internationalen Verpflichtungen Deutschlands, insbesondere die Währungsfrage, anlangend, gelten schon jetzt als erfüllt.

Der „Matin“ wendet sich gegen die von Deutschland beantragte Sonderbehandlung und meint, die deutsche Regierung müsse den vorgezeichneten Weg gehen, so daß die Aufnahme Deutschlands erst dann erfolgen könne, wenn die Völkerbunds-Konferenz und die ständige Untersuchungskommission des Völkerbundes festgestellt haben werden, daß Deutschland seine Verpflichtungen erfüllt hat.

Die Eröffnung des Bankiertages in Cleveland

New-York, 23. September.

In Cleveland wurde der Bankiertag mit rund 1500 Teilnehmern eröffnet. Große Aufmerksamkeit bezieht die Tatsache, daß die deutsche Frage und die Frage der internationalen Schuldensumme mit einem Wort erwähnt wurden. Ein Sprecher Coolidges erklärte, der amerikanische Staat werde bei den gegenwärtigen und zukünftigen Verhältnissen ein immer wichtiger Faktor der gesamten Weltwirtschaft der Erde werden. Der frühere Vizepräsident Hoover erklärte, daß Amerika für den Weltkrieg ein Kredit-Nation geworden und müsse jetzt darauf hinarbeiten, aus der finanziellen Notlage herauszukommen. Davorum vom Bankiers-Vorstand besprochen nur die international-japanische Frage.

Die Verhandlungen des Ruhr-Verhandlungsgeheimnisses

Berlin, 23. September.

(Eigener Drahtbericht)

Die dem „Deutschen Volksdienst“ aus dem Ruhrgebiet mitgeteilte Nachricht, daß die Verhandlungen des Ruhr-Verhandlungsgeheimnisses mit dem Entente-Kreis zerfallen, weil eine Anzahl deutscher Großbanken eine Organisierung von 3 Prozent forderten, die amerikanische Gruppen verlangen für sich eine Verzinsung von 8 Prozent, so daß die deutschen Banken für ihr Giro genau die Hälfte dessen forderten, was die Gelöbter als Verzinsung für den Vorkriegs-Zustand verlangten.

